

Maastricht - Diktat aus Bonn

Wer an ein geeintes Europa souveräner und einander gleichberechtigter Staaten glaubt, sollte spätestens seit dem **Gipfel in Amsterdam** eines besseren belehrt worden sein. Das "kaltschnäuzige" Nein des deutschen Finanzministers Theo Waigel an den von Chirac und Jospin gemeinsam vorgetragene Wunsch, dem Problem der **Arbeitslosigkeit** erste Priorität oder zumindest die gleiche Bedeutung, wie dem **Stabilitätspakt zum EURO** zu geben, ist für die Zukunft unseres Kontinents äusserst bedenklich.

Frankreich zählt nicht

Bedenklich vor allem deshalb, weil die meisten EU-Mitgliedstaaten unter **Arbeitslosigkeit** leiden. Dabei wissen alle, dass dieses Uebel nicht durch Wirtschaftswachstum, durch bessere Marktchancen und einen noch so vergrösserten Binnenmarkt gelöst werden kann. Ganz einfach deshalb, weil wegen der fortschreitenden Globalisierung die immer mehr dominierenden Mega-Gruppierungen, die neuerstandenen transnationalen Technostrukturen Galbraiths in Wirtschaft, Finanz und Industrie nicht bereit sind, an etwas anderes zu denken, als grössere Gewinne, also "Rationalisierung gleich Massenentlassungen" zur Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit und Verstärkung ihrer Machtpositionen auf allen Märkten der Welt.

Als erstes hat sich in den kürzlichen Parlamentswahlen eine grosse Mehrheit des französischen Volkes gegen diese Mentalität aufgelehnt. Auf jeden Fall hält sie an der während Jahrzehnten aufgebauten **sozialen Sicherheit** fest; ist nicht bereit, wegen den **Maastricht-Kriterien eines "stabilen" EURO**, darauf und die damit zwangsläufig, verbundenen staatlichen Mehrausgaben zu verzichten. Chirac und Jospin, wohl unter dem Einfluss von Jacques Delors, dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission, schlugen deshalb in **Amsterdam** vor, den von den Deutschen geforderten Stabilitätspakt durch ein gemeinsames

Programm massiver Arbeitsbeschaffungs-Massnahmen zu ergänzen. Das kategorische Nein Waigels, dem Bundeskanzler Kohl wohl oder übel folgte, ist gegenüber Frankreich, dem wichtigsten und ältesten Mitgliedstaat, zudem angeblicher langjährige Partner für den Frieden in Europa, ein harter Schlag.

Zeigt Deutschland jetzt sein wahres Gesicht

Viele Nationalökonomien, Finanzexperten und Politiker sind sich noch gar nicht darüber einig, ob der **EURO** überhaupt zu einer Gesundung der europäischen Wirtschaft und damit zu einem Abbau der in die Millionen gehenden **Arbeitslosigkeit** beizutragen vermag. Die Konjunktur wird wohl eher von sich selber, insbesondere wegen der "new economies" zurückkommen.

Noch weniger wird in Frankreich der Stabilitätspakt verstanden. Abgesehen davon, dass der Beweis noch nicht erbracht werden konnte, er werde mit seinem komplizierten System von Ausnahmen und Geldstrafen in der Praxis funktionieren.

Aber eines ist vielen klar geworden: die deutsche Wirtschaftsmacht ist heute, vor allem auch weltweit, auf einen starken EURO oder sollte man nicht besser sagen eine starke EURO-DEUTSCHMARK angewiesen:

der eigentlich Sockel für die bereits mittelfristige und durch das supranationale System in Brüssel ermöglichte Entfaltung eines **neuen (IV) -Reichs in Europa**, als ebenbürtiger Partner bzw. Rivale gegenüber den anderen grossen Macht-Blöcken auf dieser Welt.

Der frühere französische **Staatspräsident Mitterand** hatte sich mit dieser Perspektive, die bereits bei der deutschen Wiedervereinigung vielen klar geworden war, irgendwie abgefunden. Chirac, der sich gerne als Erbe de Gaulles betrachtet, hatte schon mehr Mühe damit. In Frankreich war man sich nicht so klar, welche Haltung diesen neuerdings immer deutlicher zutage tretenden deutschen Hegemoniebestrebungen gegenüber einzunehmen wäre. Maastricht war auf jeden Fall für die Mehrheit der

Franzosen, nicht nur aus wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ueberlegungen, sondern aus einer Reihe unterschwelliger Gefühle und Empfindlichkeiten heraus, ein rotes Tuch.

Mit dem Stabilitätspakt und dessen Gefährdung für die Finanzierung der sozialen Sicherheit ist das Fass zum Ueberlaufen gebracht worden. Finanzminister Waigel wird es vielleicht noch bitter bereuen, dass er klipp und klar sagte, jedes Mitglied müsse mit seinen Beschäftigungsproblemen selber fertig werden. Deutschland werde dafür in die Kassen der EU keinen Pfennig mehr, als bisher, zahlen. Damit hat **Deutschland** eigentlich zum ersten Mal inbezug auf seine **wahre Einstellung zur EU** so richtig die Karten auf den Tisch gelegt etwa im Sinne, wie das bereits vor zwei Jahren im Bundestag verlangt wurde, den anderen Mitgliedstaaten zu sagen "wo es lang gehe". Im Gegensatz zu heute, hatte Kohl dies damals mit dem Hinweis abgelehnt, man müsse "sanft sein und die anderen nicht vor den Kopf stossen".

Das Schweigen der anderen

Bedenklich ist das Schweigen der anderen, besonders der **Engländer**. Aber eben Tony Blair ist nicht Margareth Thatcher, sonst wäre es in Amsterdam viel lebendiger zugegangen. Sie hätte sich auf jeden Fall nicht nur mit einem Stück Papier zufrieden gegeben, auf dem schöne Worte zur Beschäftigungspolitik gemacht werden, in Wirklichkeit überhaupt keine konkrete Massnahme getroffen wurden - abgesehen von der Abhaltung eines dieser Frage gewidmeten Gipfeltreffens im Herbst.

Also sehr viel Diplomatie und ermutigende, positive Worte, aber sonst nur die Tatsache, dass den Wünschen Waigels entsprochen wurde und noch, fast so nebenbei, die trotz jahrelanger Arbeit eher schwachen Reformen von Maastricht angenommen wurden.

Wenn die Frage der **europaweiten Beschäftigungsfrage** nicht so akut wäre, wie das gegenwärtig in den meisten

EU-Mitgliedstaaten der Fall ist, dann wäre vielleicht Waigel sein Husarenstück, unseren Kontinent schon jetzt entscheidend unter deutsche Führung zu bringen, geglückt. Die Millionen Arbeitslosen, besonders in Frankreich, aber auch in Deutschland selber, dürften kaum akzeptieren, ihre soziale Sicherheit einem stabilen (inzwischen eher sehr schwach gewordenen), in erster Linie deutschen Hegemoniebestrebungen dienenden EURO zu opfern. Was in Frankreich anlässlich der letzten Parlamentswahlen passiert ist, könnte sich auch in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU wiederholen. Jedenfalls Grund genug für uns **Schweizer, einmal mehr die Entwicklung der Dinge** abzuwarten und an unserem guten, alten Schweizerfranken festzuhalten. Und uns auch **bei den bilateralen Verhandlungen nicht drängen** zu lassen.